

An den Landrat

---

Glarus, 14. August 2015

### **Bericht zum Beitritt zur neuen Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil, HSR**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Landrätliche Kommission Bildung/Kultur und Volkswirtschaft/Inneres behandelte die Vorlage zum Beitritt zur neuen Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil an ihrer Sitzung vom 14. August 2015 in folgender Zusammensetzung:

Vorsitz: LR Daniela Bösch, Niederurnen

Mitglieder: LR Roger Schneider, Niederurnen  
LR Kaspar Krieg, Niederurnen  
LR Hans-Jörg Marti, Nidfurn (Ersatz LR Christian Marti, Glarus)  
LR Beny Landolt, Näfels  
LR Renata Grassi Slongo, Niederurnen  
LR Myrta Giovanoli, Ennenda  
LR Hans-Heinrich Wichser, Braunwald  
LR Matthias Schnyder, Netstal

Entschuldigt: LR Christian Marti, Glarus

An der Sitzung nahmen weiter teil:

Benjamin Mühlemann, Regierungsrat  
Christoph Zimmermann, Departementssekretär DBK

Das Sitzungsprotokoll wurde von Nadine Landolt, Departementssekretariat, geführt.

Für die Bearbeitung standen der Kommission folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Bericht und Antrag vom 26. Mai 2015

## 1. Grundsätzliches

Der Departementsvorsteher hat die Kommission kurz über die wichtigsten Elemente der Vorlage wie folgt informiert: Nachdem die Hochschule Rapperswil 1972 von den Kantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Glarus gegründet wurde, ist der Kanton Zürich im Jahr 2007 aus der Vereinbarung ausgetreten. In der Folge übernahm der Kanton St.Gallen für eine Übergangszeit von 8 Jahren den Trägerkostenanteil von Zürich. Auf das Auslaufen dieser Übergangsregelung hin, wurde zwischen den drei Trägern eine neue Vereinbarung ausgearbeitet.

Bundesverfassung und Hochschulförderungsgesetz verpflichten alle Kantone zur Koordination und Mitfinanzierung des Hochschulbereiches. Der Kanton Glarus ist damit verpflichtet, sich an einer Fachhochschule zu beteiligen und einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Die neue Vereinbarung sieht eine Führungsrolle des Standortkantons St. Gallen vor. Die Mitträger beteiligen sich mit fixen Zuschlägen in der Höhe von 90% der allen Hochschulen geschuldeten Pauschalen für ihre eigenen Studierenden und gelten damit die zusätzlichen Kosten ab, insbesondere für Forschung und Entwicklung, für die Infrastruktur sowie den Restkosten für die Lehre. Alle beteiligten Kantone haben Anspruch auf eine Vertretung im Hochschulrat.

Im Unterschied zur Regierung des Kantons Schwyz (sie nimmt als Folge der kritischen Schwyzer Finanzlage eine negative Haltung ein) ist der Glarner Regierungsrat davon überzeugt, dass ein Beitritt zur neuen Vereinbarung angezeigt ist. Damit werde eine Institution von erheblicher Bedeutung nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Region und die Wirtschaft angemessen mitgetragen.

## 2. Allgemeine Bemerkungen

Die Kommission ist auf die Vorlage eingetreten und begrüsst den Beitritt einhellig. Zur Frage, was ein allfälliger Nichtbeitritt des Kantons Schwyz für unseren Kanton für Folgen hätte, konnte vonseiten des Departements festgehalten werden, dass die Mehrkosten alleine vom Kanton St.Gallen zu tragen wären. Über die Zusammensetzung des zukünftigen Hochschulrats hätten gegebenenfalls die Regierungen der beigetretenen Kantone zu befinden. All dies stehe aber noch unter dem Vorbehalt, dass das Parlament des Kantons Schwyz seiner Regierung folge und ebenfalls gegen einen Beitritt sei. Die Kommission hat weiter zur Kenntnis genommen, dass sich die Hochschullandschaft in der Ostschweiz noch weiter entwickeln wird. Das in Rapperswil gewählte Trägerschaftsmodell dürfte sich auch im geografisch erweiterten Rahmen als beispielgebend erweisen. Die Kommission spricht sich abschliessend einstimmig für einen Beitritt zur neuen Vereinbarung aus.

## 3. Antrag

Die Kommission beantragt dem Landrat einstimmig dem Bericht und Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und der Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 26. Mai 2015 beizutreten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Landrätliche Kommission Bildung/Kultur und Volkswirtschaft/Inneres**



Daniela Bösch, Niederurnen  
Kommissionspräsidentin